

"Der teuere «gemeinsame Markt»" in Zeitung vum Lëtzeburger Vollek (8 mars 1957)

Legende: Am 8. März 1957 kritisiert die luxemburgische kommunistische Zeitung vum Lëtzeburger Vollek die vermeintlich exorbitanten finanziellen Auswirkungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) für das Land.

Quelle: Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek. 08.03.1957. Luxembourg: Coopérative ouvrière de presse et d'éditions. "Der teuere «gemeinsame Markt»", auteur: Urbany, D.

Urheberrecht: (c) Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_teuere_gemeinsame_markt_in_zeitung_vum_letzeburger_vollek_8_mars_1957-de-cd368252-542f-4b9d-9412-cffac64013e3.html



Publication date: 05/11/2015

Der teure „gemeinsame Markt“

Von D. Urbany

Wie die ausländische Presse zu melden weiss, stehen die Verhandlungen der Experten über die neuen „europäischen“ Verträge (Gemeinsamer Markt und Euratom) vor dem Abschluss. Die Unterzeichnung derselben soll in kurzer Frist in Rom vor sich gehen.

Über diese Verträge hüllt sich Herr Bech, wie üblich, in ein totales Schweigen. Er wird, wie schon immer, das Land vor ein *fait accompli* stellen und die Kammer zwingen, zu ratifizieren, ohne dass sie und das Volk Zeit und Möglichkeit haben, die Sache gründlich zu studieren und zu diskutieren.

Herr Bech weiss schon weshalb. Diese neuen Verträge sind gefährlich für unsere Unabhängigkeit und für die Volkswirtschaft unsers Landes. Sie bringen eine Bedrohung für die Lage unserer Arbeiter, da die Löhne „europäisch“ geregelt, will heissen *gedrückt*, werden.

Diese Verträge sind obendrein für unser Land eine *teure* Sache. Wir werden zu zahlen haben. Vorgesehen ist nämlich, wie die ausländische Presse zu melden weiss, ein gemeinsames Investierungsprogramm. Es werden besondere „Fonds“ geschaffen, in welche die Beiträge der verschiedenen Länder fliessen.

So wird zunächst eine eigene Investitionsbank geschaffen mit einem Kapital von 1 Milliarde Dollar. Dieses Kapital wird gestellt von den einzelnen Regierungen. Die Bank wird also gespeist aus den Steuergeldern der verschiedenen Länder. Vorgesehen ist, dass schon gleich zu Beginn ein Viertel dieser riesigen Summe an die Bank eingezahlt werden muss.

Der Beitrag *Luxemburgs* ist auf zwei Millionen Dollar, das sind hundert Millionen unserer Franken, festgesetzt.

Im Verwaltungsrat werden sitzen je drei Vertreter Westdeutschlands, Frankreichs und Italiens, ein Belgier und ein Holländer, sowie ein Mitglied der „europäischen Kommission“. Luxemburg, das scheint sicher zu sein, wird nicht vertreten sein.

Ein weiterer „Fonds“ wird geschaffen für die „Berufsausbildung und Freizügigkeit der Arbeitskräfte“. Hinter diesem pompösen und demagogischen Titel verbirgt sich der Plan, mit den Steuergeldern des Volkes die Umschulung und Umsiedlung von Arbeitskräften aus Ländern mit Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen (wie Italien, Algerien, usw.) nach Ländern mit höherem Lebensniveau zu finanzieren, um dort die Löhne zu drücken. Die Beiträge zu diesem Fonds werden alljährlich festgelegt. Genaue Ziffern liegen noch nicht vor. Sicher ist jedoch, dass auch unser Land zu zahlen haben wird und nicht zu knapp.

Ein dritter „Fonds“ ist vorgesehen für die „Erschliessung der überseeischen Gebiete“. Er ist dazu bestimmt, die finanziellen Mittel zu liefern für die Investitionen in den französischen Kolonien. Vorgesehen ist vorab eine Regelung für die nächsten fünf Jahre. Das dafür aufzubringende Kapital ist einstweilen auf 581 Millionen Dollar festgesetzt.

Luxemburg hat keinerlei Interessen in diesen Gebieten. Es riskiert bloss mit seiner Beteiligung hineingezogen zu werden in die Kolonialkriege Frankreichs und schliesslich noch Soldaten stellen zu müssen für die Unterdrückung der in Nordafrika rebellierenden und für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen.

Dennoch hat Herr Bech sich, und das sogar unaufgefordert, bereit erklärt, einen Beitrag zu liefern — allerdings nicht aus seiner Tasche, sondern aus unserm Staatssäckel. So leichtsinnig operiert unsere Regierung mit den Geldern der luxemburgischen Staatsbürger.

Der Beitrag unseres Landes wurde festgelegt auf 1,25 Millionen Dollar. Das sind 62,5 Millionen Franken!

Für den Ruin unserer Kleinbetriebe und Kleinbauern, die unfehlbar beim „gemeinsamen“ Markt unter die Räder kommen (und Herr Rasquin findet diese Liquidierung der „unrentablen Unternehmen“ sogar fortschrittlich!) und für die Nivellierung unserer Arbeiterlöhne (nach unten, selbstverständlich!) werden die luxemburgischen Steuerzahler im Laufe der nächsten Jahre so etwa 200 Millionen Franken zu bezahlen haben. Herr Bech und seine Minister sind nicht nur einverstanden mit der „europäischen“ Schädigung unserer nationalen Interessen und mit dem Diktat der internationalen Hochfinanz — sie erklären sich auch bereit, die Operation zu finanzieren!

Da versteht man schon, weshalb Herr Bech einer Diskussion dieser Fragen aus dem Wege geht, weshalb in der Kammer die Debatten über Aussenpolitik und damit zusammenhängenden Problemen immer wieder hinausgeschoben werden. Da versteht man schon, weshalb unsere regierungshörige Presse über die neuen Europa-Verträge so wenig Wahres und so viel Falsches zu schreiben hat.